

Was uns bewegt - Politik in Holle und unserer Region

INHALT

SEITE 2

FRAUEN-POWER IN HOLLE - SPD
PRÄSENTIERT SICH MIT STARKEN
KANDIDATINNEN

SEITE 3

INTERVIEW MIT BERND LYNACK
MDL

SEITE 5

DIE KOMMUNALWAHLEN 1991 IN
HOLLE - EIN RÜCKBLICK

SEITE 7

INTERVIEW MIT WALTRAUD
FRIEDEMANN, VORSITZENDE DES
SPD-UNTERBEZIRKS HILDESHEIM

SEITE 9

„ÖKOLOGOSCH, ÖKONOMISCH,
SOZIAL....

Bericht über eine Veranstaltung
des SPD-Unterbezirks Hildesheim

SEITE 11

HABEN SIE HEUTE SCHON ETWAS
VOR? - SPD-KANDIDATINNEN
UND –KANDIDATEN STELLEN
REGIONALE AUSFLUGTIPPS VOR

STEPHAN WEIL AUF

WAHLKAMPF-TOUR MIT DEN
JUSOS

SEITE 12

IMPRESSIONEN AUS DEM
WAHLKAMPF
IMPRESSUM

Die Nummer 3...

...liegt vor. Es ist eine Kommunalwahl-Ausgabe. Sie enthält Berichte über Aktivitäten des SPD-Gemeindeverbandes Holle. Am Ende finden sich Impressionen aus dem Wahlkampf, der aber zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Rundbriefes noch nicht beendet ist und bis zum 10. September engagiert geführt wird. Ebenfalls aufgenommen habe ich einen Rückblick auf die Kommunalwahlen 1991 in Holle, ein Rückblick nach 25 Jahren.

Ich freue mich, dass ich in diese Ausgabe zwei Interviews aufnehmen konnte. Zum einen stand mir Bernd Lynack als Landtagsabgeordneter und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für ein Interview zur Verfügung. Zum anderen konnte ich Waltraud Friedemann in ihrer Funktion als Vorsitzende unseres Unterbezirks für ein Interview gewinnen. Ich bedanke mich bei beiden ganz herzlich!

Enthalten ist in dieser Ausgabe auch der Bericht über die Veranstaltung „Umwelt,

Wirtschaft und die Grenzen des Wachstums - Anforderungen an zukunftsfähige Politik“, die der SPD-Unterbezirk Hildesheim Ende August ausgerichtet hat. Nach der Veranstaltung mit Thorsten Schäfer-Gümbel im November 2015 war dies die zweite Veranstaltung, mit der sich der Unterbezirk in die Debatte um die programmatische Ausrichtung der SPD einbringt.

Mit der Veranstaltung wurde eine aktuelle Debatte aufgenommen, die aber Vorläufer hat, wie das Zitat aus dem Beitrag von Hermann Rappe und Franz Steinkühler zur Programmdiskussion der SPD in den 80er Jahren zeigt.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Mit solidarischen Grüßen

Sven Wieduwilt

Frauenpower in Holle – SPD präsentiert sich mit starken Kandidatinnen

Am 11. September 2016 finden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. Der Rat der Gemeinde Holle und die Ortsräte in den Ortschaften der Gemeinde werden gewählt. Die SPD tritt zu diesen Wahlen mit einem starken Personalangebot an. Und sie präsentiert sich mit vielen starken und engagierten Frauen. Sieben Kandidatinnen haben sich für den Gemeinderat beworben. In vier Ortschaften werden die Ortsratslisten der SPD von Frauen angeführt.

Die Wahlliste der SPD für den Gemeinderat umfasst in diesem Jahr 19 Vorschläge. Für die SPD kandidieren für den

Gemeinderat Inka Uthe, Simone Flohr, Maike Gückel, Dunja Schroweg, Doris Bremermann, Ute Witteczek und Heike Kobert. Ich freue mich, dass es gelungen ist, eine Liste mit so vielen Frauen aufzustellen und bin sehr stolz darauf. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass die gewählten Volksvertreter die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Die Erfahrung und der Blick auf die Listen der Mitbewerber zeigen jedoch, dass es das im Hinblick auf den Frauenanteil aber leider noch lange nicht ist. Es ist unsere Aufgabe als Politiker und Parteien, daran zu arbeiten, dass ein angemessener Frauenanteil zur Selbstverständlichkeit wird. Es freut mich, dass wir als SPD in Holle einen wichtigen Schritt in diese Richtung gemacht haben

Simone Flohr, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Derneburg-Holle-Sillium und Mitglied des

Gemeinderates, lenkt den Blick auf die Ortsräte und hier auf die Wahlvorschläge der SPD. In vier Ortschaften stehen Frauen auf Platz 1 der SPD-Ortsratslisten: Inka Uthe in Holle, Dunja Schroweg in Derneburg, Ute Witteczek in Sottrum und Simone Flohr in Sillium. „Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Inka Uthe und Dunja Schroweg wollen Ortsbürgermeisterinnen bleiben und ich möchte gern Ortsbürgermeisterin werden – wenn die Wählerinnen und Wähler uns ihr Vertrauen schenken“, betont Simone Flohr. „Wir als SPD setzen ein politisches Zeichen in den jeweiligen Ortschaften aber auch in der Gemeinde, indem wir mit starken Frauen an der Spitze antreten.“



Interview

mit Bernd Lynack MdL, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Lieber Bernd, seit 2013 regiert die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Niedersachsen. Wie ist die Bilanz für die Kommunen?

Die Bilanz kann sich sehen lassen. Der SPD-Fraktion ist die Stärkung der kommunalen Demokratie und der kommunalen Legitimation ein zentrales Anliegen, denn die kommunale Selbstverwaltung ist ein wichtiger Grundpfeiler, auf dem unsere Demokratie fußt. 2015 haben wir besonders die ländlichen Kommunen mit fast 18 Millionen Euro gefördert. Dazu zählen die Unterstützung kommunaler Theater, neue Radwege, Mittel für die Dorferneuerung und die Unterstützung finanzschwacher Kommunen sowie Zuschüsse für Strukturmaßnahmen an Krankenhäusern. Die Mittel für Städtebauförderung sind seit der Regierungsübernahme durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf das Rekordniveau von rund 153 Millionen Euro gestiegen. Dieses Investitionsvolumen fließt in die städtebauliche Erneuerung in Niedersachsen. Mit der Wiedereinführung der Stichwahlen bei den Wahlen von Landräten und Bürgermeistern haben wir die direkten Entscheidungsmöglichkeiten gestärkt und sorgen für mehr Aufmerksamkeit und demokratischen Wettstreit bei den Wahlen vor Ort. Wir haben die Amtszeiten der Hauptverwaltungsbeamten mit der Wahlperiode der Abgeordneten der kommunalen Vertretungen synchronisiert. Durch den einheitlichen Wahltermin erfahren die Kommunalwahlen in Niedersachsen eine

Aufwertung, weil neben der Zusammensetzung der Kommunalvertretungen auch die Entscheidung getroffen wird, welche Persönlichkeit zukünftig an der Spitze der Kommune stehen soll. Eine größere Wahlbeteiligung steht zu erwarten. Die Demokratie wird gestärkt. Wir haben die im Vergleich zu den übrigen Bundesländern lange Amtszeit der Landräte und Bürgermeister von acht auf fünf Jahre reduziert. Neben der Erleichterung der wirtschaftlichen Tätigkeiten haben wir die Stellung von Gleichstellungsbeauftragten verbessert. Letztlich kommen auch die erhöhten Fallpauschalen für Flüchtlinge den Kommunen direkt zugute.

Ein wichtiges Vorhaben, das auf der Tagesordnung steht, ist die Änderung der Kommunalverfassung. Was erwartet die Kommunen mit dieser geplanten Änderung?

Mit dem neuen Kommunalabgabengesetz und der Novelle des Kommunalverfassungsgesetzes bereitet die rot-grüne Regierungskoalition eine erfolgreiche Zukunftssicherung für die Kommunen und mehr direkte Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden Niedersachsens vor: Dazu werden die Gesetze modernisiert, um den Kommunen stabile Einnahmen zu sichern und den Menschen in den Städten und Gemeinden eine zeitgemäße Partizipation vor Ort zu ermöglichen. Das ist eine echte Reform. Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen soll verbessert und gestärkt werden. Das bürgerschaftliche Engagement auf

der kommunalen Ebene soll gefördert sowie die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen erleichtert werden. Das schadet nicht dem Wettbewerb, sondern schafft Möglichkeiten für die Städte und Gemeinden, die Daseinsvorsorge zukunftsfähig gestalten zu können.

Die Absenkung der Quoren schafft mehr direkte Bürgerbeteiligung. Damit stärken wir die demokratischen Prozesse.

Die Kommunalen Spitzenverbände haben Kritik an der geplanten Änderung geübt. Gegenstand der Kritik war und ist unter anderem die Stärkung der Bürgerbeteiligung. Wie bewertest Du diese Reaktion der Spitzenverbände?

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich gegen Erleichterungen der Durchführung von Bürgerbegehren ausgesprochen, weil sie darin eine Schwächung der gewählten Vertretungen erkennen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid stellen aber auch mit den geplanten Änderungen den Grundsatz der repräsentativen Demokratie nicht in Frage. Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft sind vielmehr ein Zeichen lebendiger Demokratie und stärken die kommunale Selbstverwaltung.

Ein anderer Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister einer Samtgemeinde wieder die Befugnis einzuräumen, das Amt des Gemeindedirektors einer Mitgliedsgemeinde selbst wahrzunehmen, wurde demgegenüber aufgegriffen.

Zentrales Thema der letzten 12 Monate war die Flüchtlingssituation. Viele Flüchtlinge werden bei uns bleiben. Deren Integration ist damit Herausforderung und Aufgabe in den kommenden Jahren. Was macht das Land an dieser Stelle? Sollte und kann das Land die

Kommunen bei dem Prozess der Integration noch stärker unterstützen?

Zur Entlastung der Kommunen hat das Land Niedersachsen die Kostenabgeltungspauschale pro Flüchtling und Jahr erhöht. Aktuell wenden wir 10.000 Euro für jeden Flüchtling auf. Von diesen Kosten übernimmt das Land Niedersachsen 82 Prozent, der Bund zehn Prozent und die Kommunen acht Prozent.

Wir haben landesweit Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe geschaffen, um die kommunalen Integrationsaufgaben besser zu bündeln und alle integrationsrelevanten Daten vor Ort zu erfassen.

Die Flüchtlingssozialarbeit haben wir um 600.000 Euro auf zwei Millionen Euro erhöht, um die wichtige Arbeit der Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten zu stärken.

Nach längeren Verhandlungen haben sich die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder auf Zahlungen des Bundes in Höhe von sieben Milliarden Euro bis 2018 für die Integration von Flüchtlingen in den Bundesländern geeinigt.

Niedersachsen erhält dadurch zusätzliche 180 Millionen Euro pro Jahr aus dem Bundeshaushalt, die auch an die Kommunen weitergegeben werden.

Darüber hinaus erhalten die Bundesländer für die Jahre 2017 und 2018 insgesamt eine Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau. Dies entspricht noch einmal etwa 45 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen. Damit kann das Land seine ohnehin schon laufenden Programme finanziell noch besser ausstatten.

Dennoch tragen die Länder und Kommunen nach wie vor den Großteil der Integrationskosten, hier muss auch für die Zeit nach 2018 eine tragfähige Lösung entwickelt werden. Die Sprachförderung von Flüchtlingen steht dabei an erster Stelle.

Die nächste Landtagswahl wird voraussichtlich Anfang 2018 stattfinden. Nach der Kommunalwahl werden nicht nur die organisatorischen Weichen hierfür gestellt, auch die Arbeit am Wahlprogramm der niedersächsischen SPD wird beginnen. Im Hinblick auf die Bereiche Innen und Kommunen: Was steht auf dem sozialdemokratischen Merkzettel für die nächste Legislaturperiode?

Wir werden weiterhin die Sicherheit in unserem Land verbessern, indem wir die konkreten Herausforderungen der Polizei durch den demografischen Wandel anpacken und unsere Kräfte gegen die Angst in der Bevölkerung vor Terror bündeln. Mit dem aktuellen Haushalt haben wir den Personalschlüssel bei der Polizei erstmals wieder angehoben, nachdem es durch die vorherige Landesregierung zu Kürzungen kam. Diese Verbesserung soll kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Unsere Kommunen werden materiell durch solide Finanzen ausgestattet, um ihren Aufgaben auskömmlich nachkommen zu können.

Was sollte aus Sicht des Landtagsabgeordneten und Ratsmitglied Bernd Lynack noch auf dem Zettel stehen – nicht nur bezogen auf die Bereiche Innen und Kommunen, sondern auch gerne darüber hinaus?

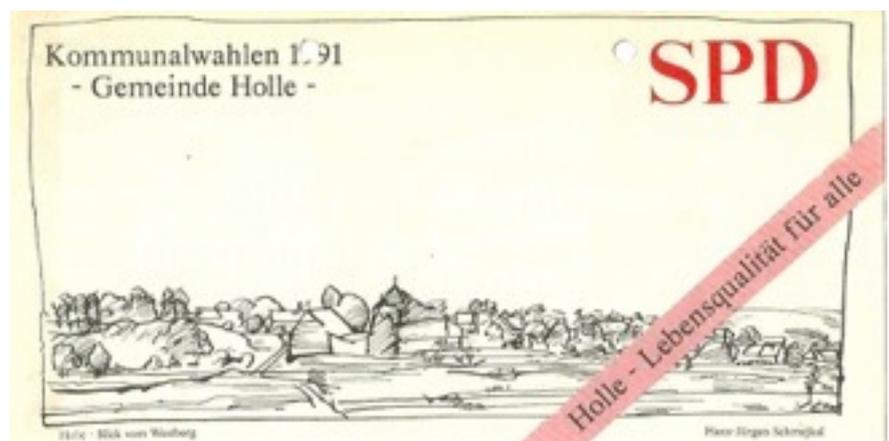
Wir werden weiter an einem sozial gerechten Niedersachsen arbeiten, in dem Teilhabe und Solidarität eine herausragende Rolle spielen. Dazu gehören ein verbindliches Ganztagsschulangebot, die Umsetzung des Konzepts von Guter Arbeit und Sicherheitsstrukturen mit Verlässlichkeit.

Die Kommunalwahlen 1991 in Holle - ein Rückblick nach 25 Jahren

Am 11. September finden dieses Jahr die Kommunalwahlen statt. Es ist eine gute Gelegenheit, den Blick auf frühere Kommunalwahlen zu werfen. Die Wahlen 1991 fanden am 6. Oktober statt. Das Ergebnis der Wahl des Rates der Gemeinde Holle ergab damals folgendes Ergebnis: Die SPD erhielt 6035 Stimmen (56,62%), die CDU 4281 Stimmen (40,17%) und die FDP 342 Stimmen (3,21%).

Politik hat die Aufgabe, Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Aber es für die Politik und die Gesellschaft wichtig,

Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Demokratie und die gemeindliche Entwicklung sind eine Erfolgsgeschichte. Und die Erfolgsgeschichte wurde auch und insbesondere von ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern gestaltet.



Das Programm, mit dem die SPD vor 25 Jahren antrat, war überschrieben mit dem Titel „Holle – Lebensqualität für alle“. Schwerpunkte waren die Finanzen, die Behandlung von Abwasser, der Natur- und Landschaftsschutz, Kindergärten und Schule, Sport, der Straßenbau, Feuerwehr, die Wasserversorgung, die Wirtschaftsförderung mit der Ansiedlung neuer Betrieben und die Unterstützung von Vereinen, Verbänden und der Kultur.

„Es war ein engagierter Wahlkampf“, erinnert sich Horst-Günther Bode, damals Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Grasdorf-Luttrum. Inhaltlich habe es starke Auseinandersetzungen zwischen SPD und CDU gegeben, Auseinandersetzungen, die aber heute lange vergessen sein.

„Umgetrieben hat mich und uns als SPD damals schon die zurückgehende Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl“, so Horst-Günther Bode.

„Das hat sich im Vergleich natürlich noch verschlechtert, aber es war damals schon Thema.“ Mit Blick auf die damalige Wahlliste der SPD betont Horst-Günther Bode deren Zusammensetzung. „Es war ein gutes Personalangebot. Und einige Personen spielen bis heute eine wichtige Rolle in ihren Ortschaften.“

Die Liste mit den Wahlvorschlägen umfasste damals 21 Kandidatinnen und Kandidaten. Angeführt wurde sie von Günter Roski und sah folgendermaßen aus:

SPD Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat Holle

1 Günter Roski Rechtsanwalt und Notar	13 Klaus Schütz Rektor
2 Wilhelm Burgdorf Polizeioberst	14 Hildegard Lorenz Buchhalterin
3 Reiner Vollbrecht Malermeister	15 Werner Brinkmann Lokomotivführer
4 Richard Kronenberg Techn. Angestellter	16 Hans-Jürgen Weege Verw.-Angestellter
5 Wilhelm Hoffmann Postfacharbeiter	17 Hans-Adolf Knopp Studiendirektor
6 Peter Biwer Techn. Bundesb. Amtmann	18 Fritz Fischer Techn. Angestellter
7 Günter Westhausen Betriebsschlosser	19 Albert Kinzen Installateur
8 Heinrich Könnecker Landwirt	20 Eduard Wiedel Rentner
9 Ingrid Weber Dipl.-Sozialpädagogin	21 Hans-Jörg Bethge Psychologierat
10 Karl Heinz Huwald Bezirksstellenleiter	
11 Jürgen Morgener Maurer	
12 Monika Leifholz Krankenschwester	

Ihre 3 Stimmen für die SPD

Kommunalwahl am 11. September 2016

Einladung zum Wahlabend

Wann? ab 18:00 Uhr

Wo? In den „Kutscherstuben“ in Grasdorf

Interview

mit Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim

Liebe Waltraud, in einer Woche finden die Kommunalwahlen statt. Auch der Kreistag und der Landrat werden gewählt. Was sind die Prioritäten der Kreis-SPD in den kommenden fünf Jahren?

Das Motto unseres Wahlprogramms lautet: Zusammenhalt sichern, Zukunft bewegen, unsere Heimat, unser Zuhause gestalten. Es ist erkennbar, dass dies ganz viel mit Strukturentwicklung zu tun hat. Damit die Menschen hier wohnen bleiben oder sich bewusst für unsere Region entscheiden und auch die Unternehmen sich weiterhin positiv entwickeln können, benötigen wir eine optimale Breitbandversorgung. Auch die Straßeninfrastruktur muss verbessert werden. Ich hoffe, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zukünftig sagen: „Hier fühl ich mich wohl, hier will ich bleiben.“

Dazu gehören gute Betreuungsangebote für unsere Kleinen und ein zukunftsfähiges Schulangebot. Dem Ausbau der beruflichen Bildung werden wir unser besonderes Augenmerk widmen, denn mit gut ausgebildeten Menschen ist unsere Region zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsraum weiterzuentwickeln.

Ein wichtiges Thema des letzten Jahres war der Zuzug von Flüchtlingen. Die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist stark zurückgegangen. Gleichzeitig werden viele Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind, bei uns bleiben. Integration ist die große Aufgabe. Wo

siehst Du Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten?

Vordringlich müssen Sprachkenntnisse vermittelt werden. Das ist zum einen wichtig für das alltägliche Leben, zum anderen aber auch, um den Zugang zur Ausbildungs- und Arbeitswelt zu erhalten. Bei allem Engagement unserer Ehrenamtlichen sind jetzt professionelle Sprachkurse erforderlich. Übungen und Vertiefungen können in der alltäglichen Praxis und im Austausch mit den ehrenamtlichen Begleitungen erfolgen. Die neu zu uns gekommenen Menschen wollen sich orientieren in ihrer neuen Umgebung. Es ist unsere Aufgabe, sie dabei zu unterstützen und ihnen unsere Werte zu vermitteln. Dabei habe ich besonders die Rollenbilder von Frauen und Männern im Blick.

Bildung, Ausbildung und Arbeit sind die Grundlagen erfolgreicher Integration. Was kann die Kreispolitik hier beisteuern?

Neben den strukturierten Sprachkenntnissen, müssen wir den Zugewanderten vermitteln, dass eine fundierte Berufsausbildung für sie die Grundlage dafür ist, zukünftig ein ausreichendes, existenzsicherndes Einkommen zu erzielen.

Wir können stolz darauf sein, dass in unseren berufsbildenden Schulen in Hildesheim und in Alfeld schon zahlreiche Sprint-Klassen eingerichtet wurden. In diesen Klassen erfahren sie neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen erste Einblicke in das Arbeitsleben.

Das Kreiswahlprogramm sieht auf Kreisebene ein „Bündnis Duale Berufsausbildung“ vor. Was ist das Ziel? Und wann wird diese Initiative auf den Weg gebracht?

Unser Ziel ist, die duale Berufsausbildung zu stärken. Vorbild ist das vergleichbare Bündnis auf Landesebene. Aber es gibt natürlich Ziele, die darüber hinausgehen: Wir wollen junge Menschen hier in unserer Region halten, die Vorteile der dualen Ausbildung vermitteln und auch Alternativen und Perspektiven neben und anstelle des Studiums aufzeigen.

Und ich bin sicher, dass dieses Bündnis auf Kreisebene eines unserer ersten Projekte sein wird, die wir in der nächsten Wahlperiode initiieren werden.

Du kommst aus Alfeld. Die Herausforderungen des südlichen Teils des Landkreises Hildesheim wurden oft beschrieben. Wo siehst Du Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten?

Die Probleme des Südkreises sind seit langer Zeit bekannt. Ich möchte an dieser Stelle die Verkehrsinfrastruktur und die erforderliche Stärkung des ÖPNV nennen. Hierzu gehört auch die Schaffung und Bewerbung von alternativen Angeboten, z.B. das Anrufsammeltaxi (AST).

Um einen weiteren Handlungsbereich zu nennen: Ich glaube, wir brauchen auch im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung neue Wohnmodelle für Jung und Alt.

Ich freue mich, dass sich im letzten Jahr der Verein Region Leinebergland gebildet hat. Ziel ist, die Situation im Leinebergland durch eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und gemeinsame Initiativen zu verbessern. Das war und ist ein wichtiger und erfolgversprechender Schritt!

Und wo kann der Landkreis Unterstützung geben?

Ich will an meine vorhergehende Antwort und die dort genannten Punkte anknüpfen. Der Landkreis kann seine Einflussmöglichkeiten beim Regionalverkehr Hildesheim(RVHI) nutzen. Ziel müssten die Optimierung der Überlandlinien und die Weiterführung und ggf. der Ausbau der Angebote von Nachtbussen sein.

Hinsichtlich neuer Wohnformen wäre ein Schritt, in Zusammenarbeit mit unserer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft neue Wohnformen zu entwickeln und unsere Ortskerne zukunftsfähig zu gestalten.

Die AfD kandidiert ebenfalls für den Kreistag. Wir werden sehen, ob diese Partei den Einzug in den Kreistag schafft. Welchen Weg empfiehlst Du Deiner Partei für den Umgang mit dieser Partei und ggf. ihren Abgeordneten?

Ich möchte ihr keine große Aufmerksamkeit widmen. Kommunalpolitische Aussagen kann ich zurzeit nicht erkennen. Wir als Volkspartei müssen den Menschen Antworten auf ihre Fragen geben und ihre Ängste ernstnehmen. Eine Zusammenarbeit mit evtl. Abgeordneten schließe ich aus.

Aus Deiner persönlichen Perspektive: Warum sollte man sich kommunalpolitisch engagieren?

Auf der kommunalen Ebene werden die Dinge entschieden, die unser tägliches Leben zum Teil direkt beeinflussen. Ich denke hier an die qualifizierten Betreuungsangebote für unsere Kinder, beginnend in den Krippen. Ich bin dankbar, dass das Land Niedersachsen die dritte Kraft in den Krippengruppen verpflichtend eingeführt hat.

Die Liste ließe sich noch ergänzen: Ausbau der Ganztagschulen, Schaffung von sozialen Angeboten, der Bau von Radwegen und die Sanierung von Kreisstraßen. Diese Punkte und noch viel mehr werden auf der kommunalen bzw. Kreisebene entschieden und gestaltet. Hier

ist es wichtig, sich einzubringen und die Gestaltung nicht anderen zu überlassen.

Du bist selbst seit vielen Jahren Mitglied im Rat der Stadt Alfeld und im Kreistag. Was waren Deine Beweggründe, Dich kommunalpolitisch zu engagieren?

Ich habe vor 25 Jahren mit der Kommunalpolitik begonnen. Mit der Situation in unseren Schulen und in der Kinderbetreuung war ich nicht zufrieden. Wenn ich etwas ändern wollte, musste ich mich selbst einbringen. Da ich zu der Zeit schon eine engagierte Frauenpolitikerin war, war es mein Ziel, dass Frauen und ihre Anliegen in der Kommunalpolitik sichtbar werden. Dies ist auch

heute noch eine Leitlinie meines politischen Handelns.

Ich möchte noch einmal das Thema wechseln. Im kommenden Jahr findet die Bundestagswahl statt. Die SPD hängt seit langer Zeit im 25%-Turm fest. Wie kommt die SPD, wie kommen wir aus diesem Turm wieder heraus? Wie werden wir wieder mehrheitsfähig?

Wir müssen wieder unsere Grundsätze „Soziale Gerechtigkeit“ und eine gerechte Einkommensverteilung stärker in den Blick nehmen. Die Menschen müssen das Gefühl haben können, dass ihre Zukunft gesichert ist. Dies betrifft in erster Linie die Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit ist angesagt.

„Ökologisch, ökonomisch, sozial“ statt „höher, schneller, weiter“ – Hildesheimer SPD diskutiert Rolle der Ökologie in der Politik

„Umwelt, Wirtschaft und die Grenzen des Wachstums – Anforderungen an zukunftsfähige Politik“ - so offen wie der Titel der Veranstaltung war auch der Ausblick nach zwei Stunden Debatte. Das war durchaus im Sinne des SPD-Unterbezirks Hildesheim, der vergangenen Mittwoch ins Roemer- und Pelizaeus-Museum Hildesheim eingeladen hatte. Die Vorsitzende, Waltraud Friedemann erklärte: „Das Thema ist wichtig, gerät aber leider immer wieder in den Hintergrund.“

Sven Wieduwilt, der die Veranstaltung initiiert hat, ergänzte: „Mit diesem Forum wollen wir die Diskussion wieder grundsätzlich vor dem Hintergrund unserer Programmatik mit neuen Aspekten beleben.“ Das Podium, das von Wolfgang Jüttner, Landesumweltminister a.D.,

moderiert wurde, spiegelte dabei die Vielfalt der Sichtweisen wider, die Sozialdemokraten auf dieses Thema haben können.

Bernd Westphal, Bundestagsabgeordneter aus dem örtlichen Wahlkreis, betonte, dass beim Blick durch die ökologische Brille auch wirtschaftliche und vor allem soziale Aspekte nicht vergessen werden dürften. Beschäftigte und Gewerkschaften müssten im Gestaltungsprozess mitgenommen werden, um die Akzeptanz für eine nachhaltige Politik herzustellen.

Auch Ina-Maria Heidmann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Hildesheim-Süd-niedersachsen, sagte, dass Politik verlässlich sein müsse, damit sich die Betriebe auf sie einstellen können. Gerade im ländlichen Raum seien Handwerksbetriebe ein sozialer stabilisierender Faktor und somit auch Förderer von Nachhaltigkeit.

Grundsätzlich stimmten alle diesem Aspekt zu. Jedoch machte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Matthias

Miersch, deutlich, dass die drei Säulen – Ökologie, Ökonomie, Soziales – nicht mehr nur nebeneinander betrachtet

werden könnten, sondern dass die Grundlage für nachhaltiges Handeln die planetarischen Grenzen sein müssten. Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ sei aber vielfach missbraucht und somit „zahnlos“ geworden: „Die Wirtschaft ist nicht per se nachhaltig. Um unsere

umweltpolitischen Ziele einzuhalten, müssen wir Definitionen und Regeln festschreiben, aber auch Sanktionen oder Steuern. Mit den aktuellen Marktverhandlungen gehen wir aber genau in die andere Richtung.“

Auch Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands, plädierte für die Verankerung des ökologischen Aspekts in allen Entscheidungen der Politik und der Wirtschaft. Der Fokus sei in der Vergangenheit zu sehr auf die Produktivkräfte und nicht auf die Produktionsweise gelegt worden. Auch betonte er, eine zukünftige Einschränkung des Strebens nach Wachstum sei alternativlos: „Wir müssen

weg vom Denken, das sich auf 'höher – schneller – weiter' konzentriert. Wir können nicht so



weiter machen und den ökologischen Aspekt darin integrieren. Vielmehr sollten wir grundsätzlich von einer neuen Idee ausgehen, wie wir unsere Nachhaltigkeitsziele erreichen. Die Politik muss dabei lernen, mit natürlichen Grenzen rational umzugehen.“

Alle Podiumsteilnehmer waren sich darin einig, dass es ein stärkeres Bewusstsein für die Problematik geben müsse. Ökologisch leben und handeln sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die Verwandlung einer Überflusgesellschaft in eine Wertegesellschaft dafür essentiell.

(Autorin: Nelly Schmitt)

„Quantitatives Wachstum - ausgedrückt in den Zuwachsraten des Sozialprodukts - ist allein keine hinreichende Bedingung, um eine solidarische Gesellschaft freier Bürger zu erreichen. Das Angebot immer größerer Gütermengen und Marktdienstleistungen schafft von einem bestimmten Versorgungsgrad der Bevölkerung an mehr Probleme, als es löst. Hohe Wachstumsraten sind kein Ziel an sich. Wachstum kann sogar schädlich sein, wenn wichtige Nebenbedingungen wie Umweltschutz und Verteilungsgerechtigkeit nicht beachtet werden. Die Steigerung von in seiner Zusammensetzung nicht näher bestimmten quantitativem Wachstum ist keine Leitlinie, die der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine vernünftige Richtung geben kann. Auch in Perioden geringen Wachstums muss sinnvolle Wirtschaftspolitik möglich sein. Gerade dann kommt es darauf an zu entscheiden, welche Art von Wachstum angeregt und welche möglichst eingegrenzt werden soll.“
Hermann Rappe/Franz Steinkühler, Beitrag zur SPD-Programmdiskussion, in: Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, Band 4, Bonn 1988, S. 138

Haben Sie heute schon etwas vor? - SPD-Kandidatinnen und – kandidaten stellen regionale Ausflugstipps vor

Bei der letzten Kommunalwahl hatten die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für den Gemeinderat ihre liebsten Kuchenrezepte in einem kleinen Heft notiert. In diesem Jahr folgt eine Broschüre mit Anregungen und Tipps für Ausflüge und Wissenswertes aus der Gemeinde Holle. Beteiligt haben sich Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat und für die Ortsräte.

Die Idee entstand Anfang des Jahres. Wir wollten neben den üblichen Wahlkampf-Flyern eine Publikation anbieten, die sich vom übrigen Material abhebt. Mit dieser Broschüre liegen nun ganz individuelle Tipps und Anregungen der Kandidatinnen und Kandidaten vor. Eine ganz tolle Sammlung und ich freue mich, dass das gelungen ist.

Maïke Gückel, stellvertretende Vorsitzende des SPD-Gemeindeverbandes, teilt diese Einschätzung. „Selbstverständlich sind es nur

Ausschnitte aus der Region, die aber die große Vielfalt und Attraktivität unserer Gemeinde zeigen.“ Holle habe kulturell und landschaftlich viel zu bieten und zu entdecken. „Diese Tipps geben den Leserinnen und Lesern vielleicht gute Anreize für ihren nächsten Ausflug.“

Die Broschüre steht aber auf der Homepage des SPD-Gemeindeverbandes zum Download bereit. Hier der Link: <http://spd-holle.de/aktuell/nachrichten/2016/486694.php>



y=&m=&tid=&page=2

Stephan Weil auf Wahlkampf-Tour mit den Jusos

Am 3. September war Stephan Weil mit den Jusos Niedersachsen auf Wahlkampf-Tour. In Hildesheim besuchte er zusammen mit den Jusos aus Stadt und Landkreis Hildesheim den „Pflasterzauber“ und verteilte rote Rosen. Eine tolle Aktion, die echt viel Spaß gemacht hat!



Impressionen aus dem Wahlkampf



IMPRESSUM

Sven Wieduwilt
Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle
Adresse: Wiethagen 3 31188 Holle
E-Mail: info@sven-wieduwilt.de
Homepage www.sven-wieduwilt.de